

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verkaufspreis: Die neuzeitlich gestaltete Monatshefte oder deren  
Zusatzpreis: für Familienmitglieder 20 Pf., für die Restfamilie (ausgeschlossen  
an den dreifachen Teil einer Zeitschrift) 1,50 RM. Anzeigen-Entwurf nur  
Montags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-U. 1, Güterbahnhofstraße 2

Verkaufspreis: bei Haus monatlich 2,50 RM (inkl. im voraus), durch  
die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täg-  
lich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein  
Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Verkaufspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-U. Geschäftsstelle und Re-  
daktion: Güterbahnhofstr. 2, Telefon 17 259. Postfach: Dresden 18 600.  
Sprechstunden: Montags 10-12 Uhr abg., Dienstags 17-19 Uhr  
betriebs- und arbeiterrechtl. Fragen, Freitags 10-12 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 27. September 1930

Nummer 226

## Sächsische Steuernotverordnung in Kraft!

Regierung verfügt Erhebung der Kopf-, Getränke und Biersteuer / SPD und Nazis haben Diktaturverordnung ermöglicht / Jetzt, revolutionäre Gemeindevertreter, stellt euch an die Spitze des Kampfes! / Keinen Pfennig Diktatursteuern! Nieder mit dem Landtag der Steuerräuber und Brüningknechte!

Dresden, den 27. September.

Das sächsische Ministerium hat gestern die Notverordnung über die Erhebung der Gemeinde-, Bier-, Getränke- und Bürgersteuer durch Verkündung im sächsischen Gesetzblatt in Kraft gesetzt. Es stützt sich auf die Verordnung des Reichspräsidenten. Laut Verordnung wird die Biersteuer obligatorisch für alle Gemeinden eingeführt. Der Landeslag der Bürgersteuer soll nicht unter dem Minimum von 6 Mark jährlich pro Kopf des Gemeindebürgers liegen.

Erst 48 Stunden vor Inkraftsetzung der Notverordnung hat der Zwischenausschuß des Landtages gesagt, der sich mit übergrößer Mehrheit gegen die Verordnung der Diktatursteuern wandte. Wir Kommunisten haben sofort diese Einberufung des Zwischenausschusses als eine infame Komödie bezeichnet, weil diese Anhörung beschlußunfähig ist. Statt dessen forderten wir zum zehnten Male die sofortige Einberufung des Landtages. Wir stellten konkrete Anträge, deren Zweck es war, mit allen Mitteln die Erhebung der schamlosen Brüning-Steuern zu verhindern. Aber dieselbe Partei, die in ihren Wahlsprüchen zum 14. September die Verteidigung der Demokratie gegen die sächsischen Diktatursteuern proklamierte, lehnte selbst einen parlamentarischen Protest, lehnte die Einberufung des Landtages ab. Wedel ist Landtagspräsident, Wedel ist Sozialdemokrat. Er, seine Fraktion, wie die der Nationalsozialisten rührten nicht einen Finger für die Landtagseinberufung. Sie fürchteten ihre Enttarnung. Sie haben nur ein Ziel, von der Bourgeoisie als Koalitionspartner, als Helfer am Proletariat, als Durchsetzender des Youngplans in die Regierung aufgenommen zu werden. Dieses Ziel bestimmt auch ihr gegenwärtiges Verhalten.

Söhnisch fügt das sächsische Ministerium seiner Mitteilung über die Notverordnung hinzu:

„Die Regierung würdigt die verschiedenen im Zwischenausschuß des Landtages vorgebrachten Bedenken... Aber eine Verzögerung der Einführung der Notverordnung bis zur endgültigen Beschlußfassung des Landtages wäre nicht zu verantworten gewesen.“

Die Notverordnung ist in Kraft gesetzt. Die schamlose steuerliche Ausplünderung der werktätigen Massen regierungsseitig verfügt. Jetzt beginnt der akute Kampf gegen

diese Steuernotverordnung. Wir Kommunisten stellen uns an die Spitze dieses Kampfes. Unsere Gemeinde-, Orts- und Kreisvereine, unsere Kommunalfunktionäre in den Städten und Dörfern Sachsens haben sofort die werktätige Gemeindebevölkerung für die Durchführung der gefassten Steuerstreikbeschlüsse zu mobilisieren. Unter den vielen Stadt- und Gemeindeverordnetenbeschlüssen Sachsens, die durch unsere Initiative erzielt wurden, erinnern wir an den leistungsfähigsten Beschluß in Mittweida, worin es hieß:

„Die Stadtverordneten sind entschlossen, sich gegen die Notverordnung mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen.“

Diese Beschlüsse sind durchzuführen. Sie haben nur Aussicht auf Erfolg, wenn die ganze werktätige Bevölkerung zum Kampf mobilisiert wird.

Wir Kommunisten fordern weiter, daß der Sächsische Landtag, dieses Büttelparlament der Brüning'schen Diktatursteuer, sofort verschwindet. Die bürgerlichen Parteien, die Nazis, die SPD-Führer haben auch in diesem Landtag gezeigt, daß sie die werktätigen Youngknechte sind. Fort mit diesem Parlament! Massenkur gegen dieses Parlament! Nieder mit dem Landtag!

Werktätige Sachsens! Verbindet den Vorstoß der kommunistischen Fraktion mit der Einsetzung eurer außerparlamentarischen Kräfte zur Niederrückung der Diktatursteuern und ihrer Eintreiber!

## Städtetag als Brüning-Agentur!

Unsere Anträge auf Steuerstreik, Erwerbslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung von SPD, Nazis und allen anderen Parteien niedergestimmt!

Dresden, den 27. September.

Gestern trat der Deutsche Städtetag zu seiner „Arbeitsstagung“ in Dresden zusammen. „Finanznot der Gemeinden, unerträgliche Belastung durch Wohlfahrts-erwerbslosenunterstützung“ lautete das Thema. Aber diese „Arbeitsstagung“ der schwerbezahlten hohen Kommunalbürokratie war ein einziger

Sohn auf die Not

der werktätigen Gemeindebevölkerung. Namens der Kommunisten beantragte Genosse Ried Steuerstreik gegen die Brüning-Verordnung, umfassende Maßnahmen zur

Unterstützung der Erwerbslosen, Nichtdurchführung der Ländererlasse, die den unteren Beamten das Koalitionsrecht rauben.

Alle unsere Anträge wurden von Nazis und Sozialdemokraten in trauerlicher Gemeinschaft mit allen anderen bürgerlichen Parteien niedergestimmt.

Dem sozialdemokratischen Innenminister Preußens, der solchen Brüning'schen Diktatur-Verordnung für Preußen in Kraft gesetzt hat, wurde von den Vertretern der Bourgeoisie begeisterte Ovationen dargebracht.

Über dieses selbe Parlament der Städte, das sich schamlos und offen als die Agentur der Brüning-Diktatur entlarvt, schreibt gestern die sozialdemokratische Dresdner Volkszeitung:

„Es wird daher Aufgabe der Tagung des Städtetages sein, energischen Protest gegen die Politik der Reichsregierung zu erheben... Arbeitsbeschaffung ist das vorherrschende Gebot, als das beste Mittel der Erwerbslosenfürsorge, Herabsetzung der Arbeitszeit... muß die Forderung der Stunde sein.“

Zur selben Stunde, da diese Zeitungsphrasen in Druck gingen, stimmten die sozialdemokratischen Vertreter auf dem Städtetag gemeinsam mit den Nazis alle kommunistischen Anträge nieder, die den Lebensforderungen der werktätigen Gemeindebevölkerung Rechnung tragen.

Der Deutsche Städtetag ist der Kongreß der Satten, der Brüningknechte und Youngknechte. Der Kampfkongreß der revolutionären Gemeindevertreter Sachsens, der heute abend in Dresden zusammentritt, wird dem bürgerlichen Städtetag den Kampf ansagen. Seine Arbeitsstagung wird der Mobilisierung der Werktätigen zum Kampf gegen die verbrecherische Kommunalpolitik der Bourgeoisie und ihrer Trabanten dienen. (Ausführlicher Bericht über den Städtetag siehe im Blatt.)

## Dorpmüller kündigt 5000 Eisenbahnern

Bürokratie unterrichtet, rührt keinen Finger / RSD muß Gegenstoß organisieren!

Die am 22. und 23. September stattgefundene Sitzung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft beschloß, am 1. Oktober 5000 Werkstättenarbeitern zu kündigen. Darüber hinaus sollen noch Ketersichtigen eingeschrieben werden. Von all diesen Maßnahmen ist die Verbandsbürokratie des RSD unterrichtet; denn der 2. Vorsitzende des

Einheitsverbandes, Hermann, der Mitglied des Verwaltungsrats ist, hat diesen Entlassungen die Zustimmung gegeben. Die Eisenbahner müssen gegen diese Massenentlassungen mit allen Mitteln ankämpfen. Sie müssen den Kampf aufnehmen für Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und für eine Erhöhung der Löhne.

## Roter Massensturm gegen Faschismus!



Das rote Berlin zwang Hitler zum Rückzug. So wird es auch in Sachsen, wenn die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter das antifaschistische Kampfbündnis mit den kommunistischen Klassengenossen schließen. Koalitionspolitik der SPD-Führer bereitet dem Faschismus den Weg. Klassenkampf unter kommunistischem Banner zerschmettert den Faschismus!

## Arbeitsbeschaffung durch Brüning?

SPD-Manöver im Landtag

Die Ankündigung der Bezirksleitung der KPD, ihre Landtagsfraktion zu beauftragen, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm einzubringen, hat die SPD zu einem Manöver veranlaßt. Die „Volkszeitung“ veröffentlicht gestern ein Programm, das den Stempel der Unzulänglichkeit und Unwahrscheinlichkeit an der Stirn trägt.

Den sozialdemokratischen Führern ist bekannt, daß die Reichsregierung schon erklärt hat, daß sie nicht daran denkt, besondere Mittel für die Länder zur Verfügung zu stellen. Trotzdem legt das SPD-Programm das Hauptgewicht auf die Forderung an die Reichsregierung. Damit ist dieses Programm schon im wesentlichen gekennzeichnet. Auf die einzelnen Punkte kommen wir noch zurück.

aus über stens